

Antrag 11/I/2026**Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: Landtagsfraktion (Konsens)****Mietwagenfirmen konsequent kontrollieren – Taxiunternehmen schützen und Recht durchsetzen**

1 Die SPD Brandenburg fordert die Brandenburger
2 Landesregierung auf, die Landkreise verbindlich an-
3 zuweisen, Mietwagenunternehmen nach § 49 Per-
4 sonenbeförderungsgesetz (PBefG) mit der gleichen
5 Konsequenz und Kontrolldichte zu überwachen, wie
6 sie derzeit im Land Berlin erfolgt.

7 Insbesondere ist die Einhaltung der gesetzlichen
8 Rückkehrpflicht systematisch zu kontrollieren und
9 durchzusetzen. Dabei soll eine enge Zusammenar-
10 beit mit den zuständigen Berliner Behörden erfol-
11 gen. Der Einsatz digitaler und KI-gestützter Kontroll-
12 instrumente zur effizienteren Überwachung ist da-
13 bei ausdrücklich zu prüfen.

14

15 Begründung

16 Das Taxigewerbe ist ein unverzichtbarer Bestand-
17 teil der öffentlichen Daseinsvorsorge – gerade im
18 ländlichen Raum Brandenburgs. Taxiunternehmen
19 arbeiten unter strengen gesetzlichen Vorgaben: Ta-
20 rifpflicht, Betriebspflicht, Beförderungspflicht und
21 umfassende Kontrollmechanismen sichern faire Ar-
22 beitsbedingungen, Verbraucherschutz und verlässli-
23 che Mobilität.

24 Demgegenüber ist seit Jahren zu beobachten, dass
25 Mietwagenfirmen gezielt Schlupflöcher nutzen, um
26 diese Regeln zu umgehen. Insbesondere durch sehr
27 restriktive Kontrollen im Land Berlin verlagern zahl-
28 reiche Unternehmen ihren Betriebssitz formal in
29 brandenburgische Landkreise – während sie fak-
30 tisch weiterhin überwiegend im Berliner Stadtge-
31 biet tätig sind.

32 Diese Praxis führt zu:

- 33 • massiven Wettbewerbsverzerrungen zulasten
34 der Taxiunternehmen,
- 35 • systematischer Missachtung der Rückkehr-
36 pflicht,
- 37 • Lohndumping und prekären Arbeitsbedingun-
38 gen,
- 39 • sowie einem schleichenden Abbau regulierter
40 Mobilitätsangebote.

41 Ein Rechtsstaat darf nicht hinnehmen, dass gelten-
42 des Recht je nach Landkreis faktisch außer Kraft ge-
43 setzt wird. Wer sich an Regeln hält, darf nicht der

rechtliche Klärung erforderlich, auch Zusammenar-
beit mit Berlin

44 Dumme sein. Es ist nicht akzeptabel, dass Branden-
45 burg zum Ausweichraum für Unternehmen wird, die
46 sich der Kontrolle entziehen wollen.
47 Die konsequente Überwachung der Rückkehrpflicht
48 ist dabei zentral. Sie ist kein bürokratisches Detail,
49 sondern das Kerninstrument zur Abgrenzung von
50 Taxi- und Mietwagenverkehr und damit zur Siche-
51 rung fairen Wettbewerbs.
52 Durch eine länderübergreifende Kooperation mit
53 Berlin sowie den gezielten Einsatz moderner digita-
54 ler und KI-gestützter Kontrollsysteme kann die Ein-
55 haltung der gesetzlichen Vorgaben effizient, rechts-
56 sicher und personalentlastend überwacht werden.
57 Als SPD Brandenburg stehen wir für:
58 • fairen Wettbewerb statt Wildwest-Markt,
59 • gute Arbeit statt Lohndumping,
60 • und eine Mobilitätspolitik, die Regeln durch-
61 setzt statt wegzuschauen.
62 Taxiunternehmen müssen gestärkt werden – nicht
63 durch Sonntagsreden, sondern durch konsequente
64 Kontrolle und Durchsetzung geltenden Rechts.